

(Beginn: 10.06 Uhr)

Begrüßung

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie sehr herzlich. Ich begrüße besonders herzlich den Herrn Landesdirektor des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, unseren Freund Wolfgang Schäfer.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Ordnungsgemäße Einberufung

Meine Damen und Herren, zu dieser 4. Tagung der 12. Landschaftsversammlung Rheinland wurde frist- und ordnungsgemäß mit Schreiben vom 26.08.2005 eingeladen.

Die Tagung wurde im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 39 vom 02.09.2005 öffentlich bekannt gemacht.

Entschuldigungen

Die entschuldigten Personen sind der Verwaltung bekannt; die Namen werden dem Protokoll beigelegt.

Als Beisitzer für die heutige Veranstaltung bitte ich Herrn Michael Nabbefeld von der CDU und Herrn Klaus Kösling von der SPD, freundlicherweise hier oben Platz zu nehmen.

Tagesordnungspunkt 1:

Anerkennung der Tagesordnung

Meine Damen und Herren, weil Herr Dr. Thomas Fischer, Vorsitzender des Vorstandes der WestLB AG, telefonisch angekündigt hat, dass er 25 Minuten später kommen wird – –

(Heidrich, CDU: Der eine küßt gar nicht, der andere küßt später!)

– Der eine küßt ja nit, der andere küßt später, richtig.

(Allgemeine Heiterkeit)

– Dass mein Kölsch auch bei den Niederrheinern verstanden wird, freut mich.

Meine Damen und Herren, in der Landschaftsversammlung wird Wortprotokoll geführt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich möchte Ihnen deshalb folgende Änderung vorschlagen: Wir beginnen mit der Tagesordnung, stellen jedoch den Tagesordnungspunkt 2 zurück. Wir handeln die Tagesordnung so lange ab, bis Herr Fischer erscheint. Das ist dann entweder die gesamte Tagesordnung – das wird man sehen –, oder ich unterbreche und füge an der entsprechenden Stelle den Tagesordnungspunkt 2 ein.

Die nächste Änderung, die ich Ihnen vorschlagen muss, bezieht sich auf den Tagesordnungspunkt 6: Wahl des Landesrates des Dezernates Kultur und Umwelt. Er muss heute entfallen, da der einzig uns bekannte Kandidat, Herr Fischer, seine Kandidatur heute Morgen zurückgezogen hat.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Ihnen weiterhin vorschlagen, dass die Tagesordnungspunkte 3 und 4 getauscht werden, weil die Verpflichtung neuer Mitglieder in den Ausschüssen vielleicht nicht konstitutiv, aber logisch einer Umbesetzung vorausgehen sollte.

Das sind also die heute vorgeschlagenen Änderungen. Gibt es weitere Vorschläge zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich fragen, ob Sie mit der so geänderten Tagesordnung einverstanden sind. – Es gibt keine Gegenstimmen; ich sehe, das ist der Fall.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 3 – neu –:

Verpflichtung neuer Mitglieder

Für das ausgeschiedene Mitglied Herr Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff, CDU, ist Frau Sylvia Pantel, CDU, als Nachfolgerin nachgerückt.

Für das ausgeschiedene Mitglied Herr Ralph Sterck, FDP, ist Herr Stephan Haupt, FDP, als Nachfolger nachgerückt.

Frau Pantel und Herr Haupt, bitte seien Sie so freundlich, sich zu erheben.

(Heidrich, CDU: Und wir auch!)

– Und wir bitte dann auch.

(Die Anwesenden erheben sich)

Frau Pantel, Herr Haupt, ich verpflichte Sie auf gesetzmäßige und gewissenhafte Wahrnehmung Ihrer Aufgaben und hoffe auf eine gute Zusammen-

menarbeit. Herzlichen Glückwunsch und herzlich willkommen in der Landschaftsversammlung!

(Allgemeiner lebhafter Beifall – Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein)

Jetzt folgt der neue Tagesordnungspunkt 4:

Umbesetzung in den Ausschüssen

- Antrag Nr. 12/81 der CDU-Fraktion –
- Antrag Nr. 12/80 der FDP-Fraktion –

Dazu ist der Antrag Nr. 12/81 der CDU nachgereicht worden. Ich glaube, den Fraktionsvorständen oder allen Mitgliedern der Landschaftsversammlung liegt dieser Antrag vor. Wenn nicht, könnte ich ihn kurz verlesen. Mir liegt er vor.

(Heidrich, CDU: Er liegt allen vor!)

– Er liegt allen vor. – Es geht um Umbesetzungen.

Ich darf unterstellen, dass sie die Zustimmung der Landschaftsversammlung insgesamt finden. Ich sehe keine Gegenstimme; dann sind diese Umbesetzungen der Ausschüsse und die Anträge mit den Nummern 12/81 und 12/80 **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 5:

Wahl der Landesrätin/des Landesrates des Dezernates „Personal, Organisation“

– Vorlage Nr. 12/758 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 02.09.2005 die Angelegenheit beraten und einstimmig bei Enthaltung der CDU-Fraktion der Landschaftsversammlung Folgendes empfohlen:

Frau Hötte wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von 8 Jahren zur Landesrätin gewählt und erhält gemäß § 4 Abs. 1 Eingruppierungsverordnung (EingrVO) Bezüge der Besoldungsgruppe B 4 BBO zuzüglich höchstzulässiger Aufwandsentschädigung. Ihr wird die Leitung des Dezernates „Personal, Organisation“ übertragen.

Eine Änderung des Geschäftsbereiches ist möglich.

Meine Damen und Herren, wenn niemand widerspricht – so sieht es unsere Geschäftsordnung in § 17 vor – werden Wahlen durch offene Abstimmung, ansonsten durch Abgabe von Stimmzetteln vollzogen.

Sind Sie mit der offenen Abstimmung einverstanden? – Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Wer der Wahl von Frau Hötte zur Landesrätin des Dezernates „Personal, Organisation“ des Landschaftsverbandes Rheinland zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist bei Gegenstimmen der beiden Kollegen der PDS und bei Enthaltung der CDU-Fraktion im Übrigen mit Mehrheit so **gewählt**.

(Beifall bei SPD, FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Ich darf bitten, Frau Hötte hereinzuholen.

(Die Gewählte betritt den Saal)

Ich stelle fest, meine Damen und Herren – und teile es Ihnen hiermit mit, Frau Hötte –, dass Sie gerade zur Landesrätin für Personal und Organisation gewählt worden sind.

Ich gratuliere Ihnen sehr herzlich, darf unterstellen, dass Sie die Wahl annehmen, und darf der Landschaftsversammlung gleichzeitig die freudige Mitteilung machen – und Ihnen sehr herzlich dazu gratulieren –, dass Frau Hötte heute einen wunderbar runden Geburtstag feiert. Welchen verrate ich nicht. Herzlichen Glückwunsch auch dazu! Auf gute Zusammenarbeit!

(Allgemeiner lebhafter Beifall – Ein Blumenstrauß wird überreicht)

Frau Hötte, bitte schön.

Frau Hötte, Landesrätin für Personal, Organisation: Sehr geehrter Herr Dr. Wilhelm, Herr Molsberger, meine Damen und Herren der Landschaftsversammlung und der Verwaltung! Ich darf mich herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie mir durch die Wahl zur Landesrätin das Vertrauen ausgesprochen haben. Ich versichere Ihnen, dass ich durch meine Arbeit für den LVR und durch meine Zusammenarbeit mit Ihnen dieses Vertrauen nicht enttäuschen werde.

Sie haben gehört: Heute habe ich einen runden Geburtstag. Ich werde vierzig Jahre alt. Ein schöneres Geschenk hätten Sie mir nicht machen können. Der Tag wird damit für mich unvergessen bleiben.

(Heiterkeit und allgemeiner
lebhafter Beifall)

Mein Mann hat mich heute hierhin begleitet, um diese Wahl mitzuerleben. Sie kennen ja den Spruch: Hinter jedem starken Mann steht eine starke Frau. Glauben Sie mir: Umgekehrt ist es genauso.

(Heiterkeit und allgemeiner
lebhafter Beifall)

Ich freue mich sehr, dass mein ehemaliger Chef und Personaldezernent, Dieter Rehfeld, extra aus Aachen angereist ist, um diese Wahl mitzuerleben. Wir haben viele Jahre gut miteinander gearbeitet. Die Zusammenarbeit wird sich jetzt ändern; aber Respekt und Anerkennung werden wir weiterhin füreinander haben. Danke, Dieter.

(Allgemeiner Beifall)

Und ich freue mich auch, dass meine Freunde aus den Verbänden gekommen sind, um die Wahl mitzuerleben: Dirk Greskowiak von der KGSt und Birgitt Collisi vom Deutschen Städte- tag. Es ist eine echte Überraschung, dass ihr hier seid. Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Nun auf gute Zusammenarbeit mit Ihnen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung. – Danke.

(Allgemeiner lebhafter Beifall – Zuruf von der CDU: Das habe ich akustisch nicht verstanden. Wo ist der Empfang heute? – Heiterkeit – Die Fraktionsvorsitzenden und weitere Anwesende gratulieren der neu gewählten Landesrätin – Das zu Boden gefallene Namensschild des Vorsitzenden wird durch Jörg Detjen mit der Bemerkung aufgehoben: Herr Vorsitzender, was machen Sie denn? – Zuruf: Wilhelm liegt am Boden!)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Ach, das ist sehr nett. Wilhelm stürzt ab. Ich gönne es euch. Aber es dauert noch.

(Heiterkeit)

– Totgesagte kommen wieder. Das kennt ihr ja.

(Klein, FDP:
Wortprotokoll wird hier geführt)

So, meine Damen und Herren, wir können in der Behandlung der Tagesordnung fortfahren.

Wir kommen zu Punkt 7:

Änderung der Hauptsatzung des Landschaftsverbandes Rheinland

– Vorlage Nr. 12/579 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 02.09.2005 die Angelegenheit beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer der Vorlage Nr. 12/579 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir einstimmig so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 8:

Änderung der Geschäftsordnung der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Rheinland und ihrer Ausschüsse

– Vorlage Nr. 12/581/1 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 02.09.2005 die Vorlage Nr. 12/581 beraten. Das Ergebnis der Beratungen des Landschaftsausschusses ist in der Ihnen vorliegenden Vorlage Nr. 12/581/1 eingearbeitet.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer der Vorlage Nr. 12/581/1 seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Wer spricht dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Vorlage einstimmig zugestimmt worden; das heißt, wir haben sie **beschlossen**.

**Neufassung der Betriebssatzung
für die Rheinischen Kliniken und
die Rheinische Klinik für Ortho-
pädie Viersen des Landschafts-
verbandes Rheinland**

– Vorlage Nr. 12/538/1 –

ist der Tagesordnungspunkt 9.

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 05.07.2005 die Angelegenheit beraten und mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der CDU den § 11 Abs. 3 der Betriebssatzung gebilligt und im Übrigen einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Herr Heidrich, soll ich getrennt oder wie Landschaftsausschuss abstimmen lassen?

(Heidrich, CDU: Wie
Landschaftsausschuss!)

– Gut.

Es gibt dazu keine Wortmeldungen, stelle ich fest und lasse auf der Grundlage der Empfehlung des Landschaftsausschusses abstimmen. Wer insoweit die Zustimmung wie im Landschaftsausschuss geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir entsprechend der Vorlage des Landschaftsausschusses **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 10:

**Neufassung der Betriebssatzung
für die Krankenhauszentralwä-
schereien des LVR**

– Vorlage Nr. 12/541/1 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 05.07.2005 die Angelegenheit beraten und mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der CDU den § 8 Abs. 3 der Betriebssatzung gebilligt und im Übrigen aber einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

(Heidrich, CDU: Wie Land-
schaftsausschuss!)

– Ja. – Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer der Vorlage auf der Basis des Beschlusses des Landschaftsausschusses die Zustimmung geben möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir einstimmig so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 11 ist die

**Neufassung der Betriebssatzung
des Landschaftsverbandes Rhein-
land für den Servicebetrieb Viersen**

– Vorlage Nr. 12/542/1 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 05.07.2005 die Angelegenheit beraten und mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der CDU den § 12 Abs. 3 der Betriebssatzung gebilligt und im Übrigen aber einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen. Same procedure.

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich auf der Basis des Vorschlages des Landschaftsausschusses abstimmen. Wer diesem Beschlussvorschlag des Landschaftsausschusses die Zustimmung geben möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. – Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir einstimmig **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 12 ist die

**Neufassung der Betriebssatzung
für die Informationsverarbeitung
und Kommunikationstechnik des LVR**

– Vorlage Nr. 12/543/1 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 05.07.2005 die Angelegenheit beraten und mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der CDU den § 7 Abs. 3 der Betriebssatzung gebilligt und im Übrigen aber einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen. Das Procedere brauche ich, glaube ich, nicht mehr zu erklären.

Gibt es Wortmeldungen? – Wer dem Beschlussvorschlag des Landschaftsausschusses die Zustimmung geben möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Ich danke Ihnen. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Wir haben einstimmig so **beschlossen**.

Weil unter Punkt 13 der Bericht von Herrn Simon ansteht, möchte ich vorschlagen, dass wir jetzt Herrn Dr. Fischer, den ich sehr herzlich willkommen heiße und hier begrüße, bitten, das Wort zu ergreifen, und ich insoweit den

Tagesordnungspunkt 2 aufrufe:

Aktueller Sachstand zur WestLB AG

**Vortrag von Herrn Dr. Fischer,
Vorsitzender des Vorstandes
der WestLB AG**

Herr Dr. Fischer, ich danke Ihnen sehr, dass Sie gekommen sind, und gebe Ihnen das Wort. Nehmen Sie bitte dort vorn das Mikro.

Dr. Thomas Fischer, Vorsitzender des Vorstandes der WestLB AG: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte um Pardon. Man wird öfter, wenn man nach Köln will, aufgehalten; leider auch, wenn man mit der Lufthansa den Weg zu Ihnen wählt. Ich bitte um Entschuldigung; der Flug hat sich eine halbe Stunde verspätet, obwohl die Lufthansa in Köln ansässig ist. Ich bin sehr dankbar, dass Sie die Tagesordnung umgestellt haben, um von mir den Bericht zur aktuellen Lage der WestLB zu bekommen.

Zunächst einmal herzlichen Dank für die Einladung. Es ist das erste Mal, dass ich an einer Sitzung der Landschaftsversammlung Rheinland teilnehmen darf. Ich bin noch nie auf einer Tagung der Landschaftsversammlung gewesen. Insofern ist das eine Premiere, auf die ich mich sehr gefreut habe.

Worüber wollen wir heute miteinander reden? Ich trage Ihnen die aktuelle Lage der WestLB vor und sage Ihnen alles um die WestLB herum. Der Sektor Sparkassen und Landesbank findet immer große Aufmerksamkeit in den Medien. Ich werde selbstverständlich dazu auch etwas sagen. Meistens ist das Echo in den Medien überzogen. Ich habe den Eindruck, dass wir im gewissen Sinn weiterhin den öffentlichen Auftrag erfüllen, insbesondere wenn es um das Füllen des Sommerlochs geht. Dann sind wir immer zu Diensten.

(Heiterkeit)

Sie werden schnell merken, dass vieles von dem, was produziert wird, heiße Luft ist. Aber

das passt ja im Augenblick zum Wetter und zum Klima.

Der 19. Juli 2005 liegt gar nicht so weit hinter uns. Was ist da passiert? Das war eine historische Zäsur. Am 19. Juli ist für etwa 50 Prozent des deutschen Bankensektors eine neue Ära begonnen worden. Manche haben „Big Bang“ gesagt. Einen „Big Bang“ würde man hören. Das war kein „Big Bang“, sondern ein sehr leiser „Bang“. Aber er hat enorme Auswirkungen mehr erosiver Art, die wir erst langsam zu fühlen beginnen. Zu lange war die Zeit, in der wir uns an das Gewebe von Staatsgarantien in der Form von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung gewöhnt haben.

Und wir haben natürlich durch Vorsorgemaßnahmen dazu beigetragen, dass es nicht unbedingt ein Schock war. Das heißt aber nicht, dass diese Änderungen nicht dramatisch sind; sie sind eben nicht in irgendeiner Weise in die Nähe eines Unfalls gekommen.

„Für 50 Prozent des deutschen Kreditgewerbes dramatische Änderungen“ heißt, weil das eine große Zahl ist, eigentlich für das gesamte Kreditgewerbe in Deutschland. Sie wissen, wie man das Bankengewerbe in Deutschland von außen sieht. Das ist für die Kunden sehr gut. Sie werden sich alle immer wieder beschweren, es sei viel zu teuer.

Das sieht man im Ausland anders. Die Kreditkonditionen und die Gebühren für Bankdienstleistungen sind in fast dem gesamten europäischen Umfeld wesentlich höher. Insofern ist das Konsumentenparadies auf der anderen Seite und beschimpft man die deutschen Banken immer wieder.

Das hat damit zu tun, dass sie in der Regel ertragsschwach sind und sehr wenig Gewinne machen – bis auf eine Bank, nämlich die Deutsche Bank. Sie erzielt den Gewinn im Wesentlichen im Ausland.

Wir werden also von außen her sehr kritisch betrachtet – und nach dem Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung einmal mehr. Insofern ist es aus vielen, vielen Gründen an der Zeit, uns zu besinnen und zu fragen, wohin denn die Reise nun gehen soll.

Die meisten Institute – die Daten waren bekannt; das ist kein Geheimnis – haben sich gut vorbereitet. Ich werde gleich ausführen, dass die Vor-

bereitung der WestLB leider mit einigen größeren Unfällen koinzidierte, die erst einmal ausgeglichen werden mussten. Die Vorbereitung der WestLB war also, wenn Sie so wollen – ohne jemandem zu nahe zu treten –, denkbar schlecht.

Wir, die WestLB, haben anlässlich des 19. Juli Anzeigen geschaltet. Ich weiß nicht, ob Sie sie gesehen haben: kleine Miniaturen mit Schwimmflügeln. Jetzt müssen wir nämlich selber schwimmen. Wir hatten das bisher nicht müssen, weil unsere Gewährträger für uns da waren. Dafür müssen wir irgendwann Danke sagen.

Ob das immer zum Besten gewendet wurde, ist eine andere Sache. Aber die WestLB, die Aktivitäten der deutschen Landesbanken insgesamt, wären undenkbar ohne die andauernde Unterstützung. Für eine Unterstützung dieser Art sollten wir Danke sagen. Im Fall der WestLB ist das zu verstärken.

Wir haben nach außen zwar klare Wort gewählt, aber wir haben die Situation nicht überzeichnet, um Panik zu vermeiden. Die Situation des letzten Jahres war dramatisch. Die von Ihnen, die bei uns in Amt und Würden sind, also in den Gremien Verantwortung übernommen haben, wissen das.

Nur mit Unterstützung der Träger ist es gelungen, die Bank wieder auf die Beine zu stellen. Wir müssen sie von einem Zustand aus auf die Beine stellen, den wir alle möglicherweise unterschätzt haben. Es war doch sehr viel mehr zu beseitigen, als wir uns vorgestellt hatten.

Ich will nicht sagen, dass wir jeden Tag immer noch etwas entdecken – das wäre übertrieben –, aber ab und zu gibt es immer wieder eine Überraschung. Wir haben 99 Prozent, wie ich meine, der Aufräumarbeit erledigt, aber dieses eine Prozent stellt immer wieder eine Belastung dar.

Das wirkliche Problem war die Kombination während der Übergangszeit. Die Garantien fielen weg. Es gab große Verluste – zwischen vier und fünf Milliarden in den letzten drei Jahren. Euro wohlgemerkt! Das ist schon mancher Leute Ganzes.

(Heiterkeit)

– Ich rede jetzt nicht institutionell, sondern von Privat zu Privat; das ist hoffentlich klar.

(Boss, CDU: Alle haben hier die Möglichkeit, sich zu outen!)

– Ja, genau.

(Zuruf von der CDU:
Aber keine Peanuts!)

– Keine Peanuts. – Man darf jetzt vor dieser Zahl nicht erschauern; wir müssen ja damit umgehen. Sie ist wirklich zustande gekommen und ist ausgeglichen worden. Das musste ja über den Rückgriff auf die Rücklagen und auf *fresh money*, also auf frisches Geld, finanziert werden, das insbesondere von den Sparkassen kam.

Leider ist in der ganzen Zeit wegen dieser großen Verluste auch im Zusammenhang mit Box-clever die Entwicklung eines Geschäftsmodells nicht gelungen. Institute wie die vormalige SüdwestLB und heutige LBBW – Sie wissen, dass ich dort einige Zeit wirken durfte – haben unter Vermeidung von großen Verlusten das Kapital schonen können und in der Zeit ein Geschäftsmodell entwickelt, das jetzt zu greifen beginnt.

Deswegen stehen diese Institute, die LBBW insbesondere, aber auch andere, in hohem Ansehen bei der Gilde der Rating-Agenturen.

Die WestLB reüssiert derzeit. Man gibt uns viel Vorschuss. Aber wir sind bei weitem noch nicht so weit. Warum? Weil die letzten fünf Jahre schlicht und ergreifend „verbaselt“ wurden. Das ist überhaupt keine Frage.

Als das neue Team Anfang 2004 sich allmählich im Vorstand der WestLB einfand, hatten wir also das Datum 19. Juli 2005 vor uns und weder eine richtige Kapitalisierung noch ein richtiges Geschäftsmodell. Über all dem schwebte auch noch die Drohung WFA/Brüssel.

Die WestLB war lange Zeit mit Abstand die größte deutsche Landesbank. Das hat sich in ihrer Position bei der WFA und bei den Brüsseler Problemen niedergeschlagen. Auch darin lagen wir weit an der Spitze. Der Spaß mit Brüssel hat uns 1,5 Milliarden Euro gekostet.

Jetzt kommt der Wermutstropfen. Das ist ja schon schlimm genug, aber wir sind immer noch in diesen Größenordnungen. Daran muss man sich gewöhnen. Das sind Höhen nach Steuern!

Wir haben es leider nicht geschafft – das ist in der Presse zum Glück nicht sehr breit getreten worden –, durch die Gestaltung gedrängt dafür zu sorgen, dass die Überweisungen, durch Brüssel verursacht, an den Begünstigten ein Abzugsposten sind. Das ist also im Grunde wie eine Di-

vidende aus Gewinn gezahlt worden. Vor Steuern entspricht dieser Betrag etwa drei Milliarden Euro.

Wir bleiben damit im Bereich der großen Zahlen. Das hat sich über die Jahre aufgebaut.

Wir hatten ein ganz spezielles Problem – hier sind ja einige, die etwas von Haushalten und Haushaltsrecht verstehen –, das auch wieder mit Brüssel zu tun hatte.

Wenn uns mit Blick auf die Finanzierung der Verluste im Jahr 2004 und mit Blick auf die – darauf legte Brüssel Wert – Cash-Zahlung der Brüsseler Pönale die Kernkapitalquote weit unter fünf Prozent gerutscht wäre, wäre die Auffrischung der Kapitalbasis durch die Sparkassen, durch die Träger was gewesen? Einige von Ihnen wissen dies. Es wäre Sanierungsbeihilfe gewesen, und wir wären wieder in Brüssel gelandet.

Und wir hätten was erlebt? Die Dublette von Berlin in Düsseldorf. Das heißt die Genehmigung all dieser Kapitalmaßnahmen mit der Maßgabe, in drei bis vier Jahren eine geordnete Privatisierung durchzuführen.

Darüber haben wir bisher öffentlich nicht geredet. Ich gehe davon aus, dass man hier offen reden kann.

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Das ist eine öffentliche Veranstaltung.

Dr. Thomas Fischer, Vorsitzender des Vorstandes der WestLB AG: Das ist eine öffentliche Veranstaltung? – Ah!

(Boss, CDU: Deshalb offen!)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Deshalb auch der Zuruf!

Dr. Thomas Fischer, Vorsitzender des Vorstandes der WestLB AG: Es ist ja ohnehin bekannt. Wir haben es vermieden. Die Gefahr ist gebannt und vorbei. Das kann uns heute nicht mehr in irgendeiner Weise angeflackt werden. Wir haben es vermieden. Sie haben es vermieden! Sie werden es mitbekommen haben; wir haben es nur nicht so titulierte.

Die WestLB hat im Übergang auf das neue Geschäftsmodell all das, was wir nicht brauchten, das so genannte nicht betriebsnotwendige Vermögen – die industriepolitischen Beteiligungen –, veräußert. Das war der tiefere Sinn. Normalerweise verkauft ein Banker nicht gerne je *assets*, also Vermögen, das Erträge produziert.

Wir haben die Gelegenheit genutzt, die Bank zu schrumpfen – übrigens begleitet durch Personalabbau. Denn dadurch, dass wir die Assets, die Vermögensgegenstände in der Bilanz, geschrumpft haben, war das Kapital, das übrig blieb, immer noch so, dass wir die sieben Prozent nicht nachhaltig unterschritten, also insofern sicher waren.

Deswegen musste TUI gehen. Wir hätten sicherlich damit noch eine Weile warten können. So profitabel war es nicht. Es bindet ja eine Menge Kapital. Und die Dividende hat das eigentlich nie gedeckt. Auch die Beteiligung an der Landesbank Rheinland-Pfalz – all das, was für eine Geschäftsbank, die in die Zukunft schaut, wirklich nicht mehr nötig war – musste hinaus.

Das waren inklusive der Rückzahlung der Beihilfe mehrere Milliarden. Dadurch konnten wir die Balance zwischen dem noch vorhandenen Kapital, aufgefrischt durch die Zuwendungen der Sparkassen, und der verbleibenden Bilanz so retten, dass von Sanierungsbeihilfe aus Brüssel keine Rede mehr sein konnte. Das haben wir vermieden.

Darauf bin ich am meisten stolz. Das war genau das, worüber wir lange Zeit gar nicht reden durften. Das ist das Problem.

Das Ergebnis vor Steuern im ersten Halbjahr: Wie weit sind wir nun eigentlich? Sie wissen, dass man, bevor man über die technischen Details redet, natürlich verstehen muss, was mit der WestLB über Jahre los war. Ich weiß, dass einige von Ihnen mit der Sache sehr verbunden sind. Trotzdem muss man eine rigide Analyse durchführen, um zu verstehen, welche Arbeit in dieser kurzen Zeit geleistet wurde und welche noch zu leisten ist. Das ist sehr wichtig.

Wie keine andere Landesbank – das mag dem einen oder anderen jetzt wehtun; aber das hilft nichts – war die WestLB eine, die etwas versucht hat, was es eigentlich nicht geben darf: Sie hat Banking ohne Cash gemacht.

Es ist eigentlich ungewöhnlich, dass jemand eine Bank betreiben will und gar nicht das Geld dafür

hat. Wie hat man das kompensiert? Durch die Garantien.

Also: Bankgeschäft ohne Cash zu betreiben, ist unanständig. Das muss man beachten. Und irgendwann wird es bestraft.

Man hat Bankgeschäft im Wesentlichen unter Verzicht auf Kundengeschäft betrieben. Es war eine sehr bewusste Entscheidung – ich rede jetzt nicht locker daher – Mitte der 90er-Jahre, voll aufs Investmentbanking zu setzen, insbesondere auf den Eigenhandel, auf das Merchant Banking, wie wir sagen. Die Bank nimmt selber Kapital auf, investiert und wird ein Investor – in dem vollen Bewusstsein der Verabschiedung der Kunden.

Der Kollege Norbert Emmerich – einige von Ihnen kennen ihn vielleicht –, ehemaliger Landesobmann der Sparkassen in Westfalen, der jetzt das Firmenkundengeschäft wieder aufbaut, erzählte mir, dass er das in aller Regel, wenn es nicht absolute Neukunden sind, folgendermaßen macht. Er lässt sich aus der Dokumentation die alte Kündigung geben. Die WestLB sagte den Kunden ab: Sie sind für uns nicht mehr interessant. – Er fällt vor den Kunden auf die Knie, überreicht das Schreiben und versucht es mit einer neuen Verbindung. So ähnlich geht es bei uns zu.

Der Abschied vom Kundengeschäft war sträflich. Also: Banking ohne Cash – man hatte die Garantien –; Banking ohne Kunden – man hatte die Arbitrage. Worin besteht sie? Na, Sie sind fast Triple A, kaufen billig Geld ein, zapfen Libor, wie wir sagen. Das kostet Sie den Libor-Satz minus 30, 40 Basispunkte. Dann geben Sie das Geld für Libor plus weiter. Das ist ein relativ einfaches Geschäft. Wenn Sie dabei keine Unfälle verursachen, können Sie sehr erfolgreich wirtschaften.

Das hätte eben nicht passieren dürfen. Und Sie brauchten keine Freunde; Sie waren politiknah. Das war die Mischung. So wird es in der Presse immer wieder karikiert.

(Heidrich, CDU: Gibt es denn Politik ohne Freunde?)

– Freunde, ja. Wenn Sie sich von vornherein entscheiden, das gar nicht erst zu versuchen, bleiben Sie vor Enttäuschungen gefeit. Das ist offensichtlich gelungen.

(Paßmann, FDP: So ist das!)

Jetzt müssen wir also eine neue Bank bauen. Das war uns, dem neuen Vorstand, in der Intensität gar nicht bewusst. Wir haben uns nach dem Jahr der Stabilisierung der Ergebnisse in 2004 vorgenommen, erst einmal einen Abschluss hinzulegen, der alle Risikoquellen beseitigt, aufweist, abrechnet, und eine Kundenbank aufzubauen.

Norbert Emmerich, der Gute, hat eigentlich die Hauptlast zu tragen. Er muss für den Bereich Corporates und Sparkassen eine Kundenbank aufbauen und in der beschriebenen Art und Weise Klinken putzen und wieder die WestLB als das präsentieren, was sie vor zwölf, fünfzehn Jahren einmal war: eine Bank, die zusammen mit den Sparkassen in der Region in Nordrhein-Westfalen tief verwurzelt war.

Das ist nicht einfach. Er hat 1 400 ergebniswirksame Kunden im Firmenkundengeschäft übernommen und die Kundenbeziehungen binnen eines Jahres auf 2 100 gesteigert. Das ist in Zeiten, in denen es außer uns noch ein paar andere Banken gibt, eine stramme Leistung. Ich bin sehr stolz auf ihn.

Zweiter Punkt: Sparkassen. Keine andere Landesbank – und das passt in die Karikatur, die ich Ihnen gerade geboten habe – wie die WestLB hat es fertig gebracht, zu ihren Sparkassen ein derart konfliktreiches Verhältnis zu haben.

(Heiterkeit bei Bündnis
90/DIE GRÜNEN)

Die Verbundquote war so niedrig wie in keinem anderen Bundesland. Sie ist jetzt in wesentlichen Bereichen auf je 80 Prozent wieder angestiegen. Auch das ist eine Leistung.

Nach wie vor Sorgen macht uns das Private Banking und das Asset Management. Damit fangen wir wieder neu an, wie Sie wissen. Das Investment Banking betrug gut zwei Drittel der GuV der WestLB. Aber es war eben ein kundenloses Geschäft.

Das Investment Banking war eigentlich Eigenhandel, indem Sie ihr eigenes Geld nehmen und Ihr Glück an den Märkten durch Wetten versuchen. Wetten können gut gehen; Wetten können aber auch daneben gehen. Wenn sie gut gehen, sind Sie sehr erfolgreich; wenn nicht, sind sie das nicht.

Die WestLB hatte mit dieser Art von Geschäft – denken Sie an Boxclever und Ähnliches, das vorgefallen ist – kein Glück. Es war natürlich im Nachhinein betrachtet eine Strapaze für das, was man öffentlichen Auftrag nennt.

Dass man in öffentlichem Auftrag Kneipenketten, Kinoketten, eine Whisky-Destille oder einen Laden in England kauft, der gebrauchte Fernseher an die englische arbeitende Bevölkerung ausleiht, ist zwar möglich, aber dass das ein öffentlicher Auftrag sein sollte, war eine echte Strapaze für diesen Rechtsbegriff.

Wir haben das System bis an die Grenzen belastet und müssen jetzt zur Vernunft zurückkehren.

Im Investment Banking – das ist die Aufgabe – müssen wir die Trennung von „Wir legen das Geld der Bank an“ und „Das ist echtes Kundengeschäft“ durchführen. Das ist eine analytische Anstrengung, die im Augenblick vielerorts durchgeführt wird.

Was von dem, was wir als Ergebnis einer Bank sehen, ist denn im Kundengeschäft wirklich erwirtschaftet? Und was davon ist die Verzinsung des Eigenkapitals? Das muss man sorgsam auseinander halten; denn die Anlage des Eigenkapitals ist eigentlich keine große unternehmerische Leistung. Das müsste man vorab abziehen, um die wirkliche Managementleistung zu ermes-

sen.

Das haben wir erst einmal durchgeführt. Es war danach klar: Wir müssen im Investment Banking etwas tun.

Das hat zu Personalmaßnahmen – Sie wissen das – bis in den Vorstand hinein Anlass gegeben. Das haben wir durchgeführt. Jetzt sind wir im Investment Banking dabei, eine ganz klare Richtungswende im Hinblick auf „Wir wollen im Investment Banking Kundengeschäft sehen“ durchzuführen. Das ist das Kundengeschäft in Verbindung mit den Sparkassen.

Wenn Sie die Kennziffern sehen – wir bleiben dabei –: 600 Millionen Euro werden wir in diesem Jahr verdienen; 300 Millionen Euro haben wir verdient. Den Erträgen laufen wir hinterher, insbesondere im Investment Banking. Dafür werden wir von den Kosten 100 Millionen Euro mehr reduzieren können, als ursprünglich geplant.

Die Aufwandrelationen besagen: Nach 79,7 Prozent letztes Jahr haben wir jetzt 69,7 Prozent erreicht. Zehn Prozentpunkte sind enorm! Die Bank ist effizienter geworden. Wir sind jedoch noch nicht zufrieden. Wir wollen das auf 60 Prozent und weniger drücken. Das ist nicht schlecht. Der Return on Equity, also die Profitabilität, hat sich auf 14,2 Prozent verbessert. Auch das ist – gar keine Frage – eine Leistung.

Die Rating-Agenturen haben das alles gewürdigt und haben unser A-minus-Rating bestätigt, also ein Rating im A-Bereich, sagen aber – dem stimmen wir zu; die Analyse, die ich Ihnen dargeboten habe, bestätigt das –: Ihr müsst mehr Kundenbank werden; ihr seid noch zu sehr die alte Investmentbank.

Das ist in einem Jahr nicht einfach zu schaffen. Wir wissen jedoch, was zu tun ist.

Und wir sind immer noch zu teuer. Wir haben seit 2001 schon 700 Millionen Euro an Kosten reduziert. Das reicht immer noch nicht. Die Belegschaft ist ab 2002 um 1 500, ab 2001 sogar um 2 000 reduziert worden. Auch sie hat für die Anpassung an die Realitäten stark bluten müssen.

Wir müssen weitermachen und den Kostenblock stärker reduzieren. Wir haben ein Programm „Lean Bank“, also schlanke Bank, aufgelegt. Wir werden die 100 Millionen Euro in diesem Jahr im nächsten Jahr noch einmal um weitere 150 Millionen Euro toppen; sonst werden wir, was die Kosten angeht, noch nicht wettbewerbsfähig sein.

Wir sind dabei. Wir arbeiten hart. Die ersten Erfolge werden anerkannt. Die Wirtschaftsprüfer haben das Unternehmen bewertet. Wir haben eine klare Steigerung des Unternehmenswertes. Das sollte unsere Träger und Eigentümer entspannt agieren lassen, was ihren Bilanzansatz angeht.

Aber wir sind bei weitem noch nicht am Ende. Wir haben uns in einem Drei-Jahres-Plan vorgenommen, die Bank wettbewerbsfähig zu machen und sie in die Familie dorthin zurückzubringen, wohin sie gehört: auf einen der vordersten Plätze nämlich.

Aber wir haben bestenfalls – wir haben das Geschäftsmodell im Juni 2004 verabschiedet – ein gutes Drittel der Wegstrecke hingelegt. Ich bin zuversichtlich, dass wir den Rest auch noch schaffen. Das müssen wir vor dem Hintergrund

nicht mehr so idyllischer Verhältnisse, wie das manchmal bei offiziellen Kommentaren den Eindruck macht, erreichen. Darin ist die Welt in Ordnung. Die Privaten machen einen Fehler nach dem anderen, ziehen sich aus dem Heimatmarkt zurück. Wir dominieren den Heimatmarkt. Es gibt keine Probleme.

Das ist nicht wahr; das wissen Sie alle. Die Direktbanken machen uns erhebliche Probleme. Ich weiß nicht, was andere erzählen. Aber Ihre Sparkassendirektoren vor Ort werden Ihnen sagen: Jawohl, in der Baufinanzierung und anderswo machen sie uns erhebliche Probleme. Wir verlieren Marktanteile. So idyllisch ist die Welt nicht mehr. Wir müssen also über Verschiedenes nachdenken.

Und: Es ist das erste Mal der Erwerb einer deutschen Großbank durch Ausländer gelungen – und das durch Italiener. Wer hätte das geglaubt! Das war vor nicht allzu langer Zeit ein desolater Bankenmarkt. Es ist in eine Domäne eingebrochen worden. Wir müssen aufwachen.

Wir sind schon der Meinung, dass die, die in der Verantwortung stehen, die Verpflichtung haben, über den Tag hinaus zu denken. Garantien schützen uns nicht mehr. Das Einzige, was uns schützen kann, ist unsere Wettbewerbsfähigkeit. Sie besteht – davon bin ich fest überzeugt – in einem engen Verbund zwischen den Landesbanken und ihren Sparkassen. Dort gibt es immer wieder – das wissen Sie – Aufregungen.

Ein Düsseldorfer Oberbürgermeister,

(Heiterkeit bei Bündnis
90/DIE GRÜNEN)

vom Volk mit ansprechenden Mehrheiten gewählt und, wie manche finden, ein sehr tüchtiger Mann, weil er die Landesanstalt – –

(Zurufe)

– Lassen Sie mich meinen Vortrag zu Ende bringen; wir können nachher gerne polemisieren.

(Keil, SPD: Wir auch! – Heiterkeit
bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Sie haben das Wort.

Dr. Thomas Fischer, Vorsitzender des Vorstandes der WestLB AG: Eben, Herr Vorsitzender!

Ich habe doch das Wort. Ich lasse es mir auch nicht nehmen; das wollen wir doch einmal sehen.

(Allgemeine große
Heiterkeit und Beifall)

Herr Erwin hat zu der Notwendigkeit, dass eine Kommune Aktien an Energieversorgern hält, eine bestimmte Meinung. Darf der das? Ich denke, schon; der darf das. Man muss die Meinung ja nicht teilen. Ich teile sehr viele Meinungen oder setze meine eigene Meinung dagegen. Aber ich bin schon der Meinung, dass er das sagen darf.

Ich muss ihn sogar sagen lassen, was er zum Thema Landesbank und Sparkassen sagt; denn er ist einer meiner Eigentümer. Ich werde als angestellter Manager einen Teufel tun, meine Eigentümer zu kritisieren und ihnen Noten zu geben. Das kann keiner von mir verlangen. Ich finde, das wäre ungehörig. Wir müssen zu einer gewissen Form von Respekt zurückfinden.

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt hat zu Verschiedenem eine Meinung; die darf er sagen. Ich höre ihm zu. Ich bin in manchem nicht seiner Meinung. Ich bin der festen Überzeugung – das haben wir in Stuttgart erlebt; dort war ich mit dabei –, wenn Sie zwischen Sparkassen und Landesbanken vertikale Fusionen veranstalten, verlieren Sie den Vorteil der Sparkassen vor Ort.

(Vereinzelter Beifall
aus allen Fraktionen)

Alle Großkonzerne, die versucht haben, im deutschen Retail-Geschäft – ganz gleich, mit welchem Vertriebskanal – Fuß zu fassen, Geld zu verdienen, haben es nicht geschafft, mit einer zentralen Lenkung dezentralen Vertrieb hinzubekommen. Das alles ist gescheitert.

Es ist auch in Stuttgart nicht gelungen. Das ist ja eine Erfolgs-Story, sagen die Baden-Württemberger. Na ja, der ursprüngliche Plan sah anders aus. Nach ihm sollte aus der Not heraus – es gab eine Privatisierung, die verhindert werden musste – ein Mutter-Tochter-Modell à la Helaba/Fraspa kreiert werden; oder, wenn Sie so wollen, Bayerische Landesbank mit der DKB, die jetzt Privatkundengeschäft – Retailgeschäft, um das genauer zu sagen – über Direktbanking macht.

Das wäre besser gewesen; denn dann wäre die Landesbank nicht gleichzeitig Konkurrent im Retailgeschäft gewesen. Das war der Stuttgarter

Fehler, wie ich es nenne. Den sollte man nicht wiederholen.

Lassen Sie einmal kommunale Lyrik und Verbandsromantik weg; das muss man ja nicht alles teilen. Aber Betriebswirtschaftliches steckt in diesem Konstrukt, das kaum zu überbieten ist. Wenn Sie die Kunden vor Ort fragen, was denn das Schöne an der Sparkasse sei, werden Sie hören: Erstens ist sie immer da. – Das ist ein unglaublicher Vorteil, wenn Sie erlebt haben, dass Privatbanken kommen, gehen, kommen, gehen – und meistens gegangen bleiben.

Die Treue, die Loyalität: Das belohnen die Kunden.

In den Kundenbeziehungen, die existieren – das ist meine Erfahrung; Sie wissen, ich war ja einmal Vorstand der Deutschen Bank –, kommt es nie gut an – im Gegenteil: Es verführt zum Verlust der Kundenbeziehung –, wenn Sie das Gefühl haben, mit einem Postboten zu reden.

Dieses Gefühl haben Sie immer dann, wenn derjenige, von dem Sie etwas wollen – einen Kredit oder Ähnliches –, zum Telefon greifen und einen Erwachsenen fragen muss.

(Heiterkeit und Beifall)

Das ist aber in Großkonzernen so. Die Deutsche Bank war mit Abstand – ich rede jetzt über Schwänke aus meiner Jugend – die größte Sparkasse Deutschlands, als sie eine Bezirksfilialorganisation hatte, die genau das gemacht hat.

(Zustimmung bei der CDU)

In dem Moment, in dem sie das aufgab, war es mit der Stärke im Retailgeschäft vorbei. Wir sollten das nicht wiederholen.

Des Weiteren hatte Herr Erwin eine vertikale Fusion angeregt. Ich gebe Ihnen Brief und Siegel – ich habe es ihm auch geschrieben –: Selbst wenn sie rechtlich möglich wäre – sie ist es im Augenblick nicht –, selbst wenn sie vertraglich möglich wäre – das ist im Augenblick nicht der Fall –, selbst wenn sie kapitalmäßig unterlegt werden könnte, würde ich sie nicht vollziehen. Ich würde abraten.

Wenn Sie einen Verbund konstruieren wollen, der den modernen Herausforderungen gewachsen ist, würde ich nie diese Form, sondern weichere Formen wählen, die die Spezialisierung zwischen Whole-Sale-Banking, also dem Groß-

kundengeschäft, dem internationalen Investment Banking und dem Vertrieb vor Ort, die beiden Spezialitäten miteinander koordiniert, aber nie organisiert. Das geht verloren – und damit unsere größte Stärke, nämlich die enorme Bindung an die Kunden.

Was Herr Erwin sonst noch gesagt hat – das ist es eben; das ist nicht verboten –, ist auch nicht möglich. Aber das ist eine Anregung, die von den Rating-Agenturen kommt, deren Noten bestimmen, wie günstig oder nicht günstig wir uns am Kapitalmarkt eindecken. Dahinter stecken solche Konstruktionen, wie wir sie im Sparkassenverbund schon haben: Holding-Konstruktionen.

Damit ist gemeint, dass irgendwo die Eigentumstitel gebündelt werden – das müsste man nur finanzieren können – und dass die Sparkassen über die Anteile an der Finanz-Holding sicherstellen, dass die Finanzkraft gebündelt ist und dass dann in einer Art Arbeitsteilung – das ist die gleiche, die ich geschildert habe – nicht fusioniert wird – das sollte es gerade vermeiden –, sondern organisierte Zusammenarbeit stattfindet.

Es gibt nicht das Holding-Modell. Es gibt Sachsen. Manche sagen, das sei ein Misserfolg; manche sagen, es sei kein voller Erfolg. Das Lob für Sachsen hält sich in Grenzen. Es war jedenfalls eine Provokation für die Organisation. Aber es ist nun einmal da; es gibt diese Modelle.

Es gibt auch Mutter-Tochter-Modelle – Helaba/Fraspa – mit einer Öffnungsklausel. Manche sagen, Ministerpräsident Koch habe in der Tat vor, zur Stützung des Finanzplatzes Frankfurt diesen Weg zu gehen: nicht Fusion. Alles bleibt; der Unternehmer vor Ort bleibt erhalten. Das ist eben das Wichtigste.

Aber darüber gibt es eben die Kapitalbündelung bei einer Landesbank, Helaba in diesem Fall. Dann würden früher oder später neben der Frasca darunterschlüpfen Naspas, Offenbach und andere. Es mag sein, dass er das will. Das wäre immer noch ein öffentlich-rechtlicher Konzern unter Wahrung der Primärstufe vor Ort. Darüber kann man reden.

Etwas sollte man nicht tun. Das war meine Erfahrung in den letzten Wochen. Die Schritte, die verboten sind, bleiben verboten. Aber die Maßnahmen, die erlaubt sind und vielleicht Vorteile versprechen, die wir wollen, sollten wir fördern, und gleichzeitig Maßnahmen, die wir erhalten wissen wollen, auch bewahren. Darüber sollte

man reden können. So viel Diskussionskultur müssen wir schon haben.

Insofern bin ich nicht über Herrn Erwin hergefallen und habe ihn nicht beschimpft. Setzen Sie sich mit dem Mann zusammen und diskutieren Sie! Wenn das, was er erzählt, Unsinn ist, wird er es irgendwann selber merken. So viel Kultur sollte möglich sein.

(Paßmann, FDP: Eben nicht!)

Ich kenne ihn nicht so gut. Ich habe mich auch nicht mit ihm beraten. Er hat mir am Telefon mitgeteilt, dass er die Aktien an RWE veräußern will und im Übrigen auf Basis des Fitch Reports, also dieser Agentur, eine Initiative starten wird, um die Zusammenarbeit zwischen der Stadtparkasse Düsseldorf und der WestLB durch besondere Vorkehrungen weiter zu verbessern. Er wollte, dass man mit ihm diskutiert. – Das ist das eine Thema.

Das andere Thema stand nun auch wieder in der Presse: die Direktbank. Die Bayern haben schon eine; die Hessen haben auch schon eine. Der Kollege Emmerich versucht – am 19. September werden wir unsere Aufsichtsratssitzung haben –, von unseren Eigentümern das Mandat zu bekommen, mit denen, die unter den Sparkassen willig sind, darüber zu reden, ob wir dem Direktbanken-Angriff von ING-DiBa und anderen etwas entgegenzusetzen haben.

Sie merken an der Art, wie ich das darstelle – und das gilt nun generell –: Fallen Sie nicht dauernd auf die Presse herein, „Der Herr Fischer will“. Der will eine Menge, das ist sicherlich richtig. Oder: „Der Herr Erwin will“. Das ist nun einmal das Gesetz unserer Organisation.

Wenn NordLB und WestLB irgendetwas unternehmen – Fusion – oder nicht – hier gilt das Prinzip der Freiwilligkeit –, wenn es zu irgendwelchen Direktbank-Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen kommen wird, geht das nur einvernehmlich zwischen Sparkassen und der Landesbank. Es geht überhaupt nicht – selbst wenn Sie das wollten, mit den Füßen trampeln und Ihre Fäustchen ballen. Es kann keiner dem anderen seinen Willen überstülpen. Das ist völlig unmöglich: rechtlich, kapitalmäßig, satzungsmäßig, geschäftsordnungsmäßig.

Das macht den Reiz der Pressemeldungen aus, die so tun, als wolle die WestLB mit einer Art Einsatzkommando, bis an die Zähne bewaffnet,

irgendjemanden dazu zwingen, Sachen zu tun, die er eigentlich nicht will. Wo leben wir denn? Das ist völliger Unsinn! Lassen Sie sich doch nicht dauernd auf den Arm nehmen.

Wenn Herr Emmerich, mein lieber Kollege, den ich sehr schätze und der sehr viel geleistet hat, glaubt – der ehemalige Landesobmann, ein Sparkässler durch und durch –, dass wir die Organisation schützen müssen, weil die Kunden nicht zu den Privaten abwandern, sondern bei uns bleiben sollen, und dafür Vorschläge macht, die eigentlich alle gut finden sollten, sich fifty/fifty – Sparkassen und Landesbanken – zu beteiligen, und das zur Diskussion stellt, sollte er nicht sofort verbrannt werden.

Lassen Sie den Mann doch ausreden! Das ist ein Vorschlag zur Güte. Vielleicht sind die Ideen verfolgenswert.

(Zuruf von der CDU: Kirchhof!)

Wenn ich zurückblicke, muss ich Ihnen eines sagen. Ich weiß nicht, ob eine der Ideen von Herrn Erwin erfolgreich sein wird. Ich weiß nicht, was der neue präsident des DSGV an Modernisierungen vorhat. Ich weiß das alles nicht. An Holding-Modellen fallen mir zehn ein. Ich weiß nicht, welches – irgendwann werden wir wieder darüber reden – allen gefallen wird.

Es gibt einige technische Probleme. Die Beteiligung an der WestLB ist in einer Sparkasse, und dann wird eine Sparkasse mit der WestLB in einer Holding verbunden. Das ist eine Beteiligung an einer Beteiligung. Die Wirtschaftsprüfer unter Ihnen bekommen dabei schon leichtes Kopfwheel.

Also: So einfach ist das alles nicht. Das ist nur so dahergeredet. Das ist Journalisten-Gerede – Pardon! –, nicht zu Ende gedacht und kommt nicht aus Fabriken, die damit befasst sind, sondern ist aufgeschnappt und ohne Mandat.

Aber wenn ich zurückblicke: Wer von all denen, die sich immer wieder Gedanken gemacht und die Organisation angepasst haben, hat Recht behalten? Ich weiß aber, wer Unrecht behalten hat. Es gibt eine Fraktion, die immer Unrecht behalten hat, was viel Geld gekostet hat. Das waren die, die gesagt haben: Der Status quo bleibt der Status quo; es ist am besten, sich darauf einzustellen, dass nichts verändert wird.

Das hat uns am Ende des Tages die Garantien gekostet; das hat uns am Ende den Ärger mit

Brüssel eingebracht. Das hätten wir alles vermeiden können. Es gab Friedensangebote zu völlig anderen Tarifen Mitte der 90er-Jahre. Wenn man darauf eingegangen wäre, hätte man ein bisschen Geld gezahlt – und die Garantien gäbe es heute noch.

Deswegen: nicht stur! Ich kenne diese Reaktionen. Wir werden angegriffen; wir sind eine Familie. Wir bauen eine Wagenburg, ziehen uns den Stahlhelm über und gehen in den Bunker. Diese Organisation ist unglaublich stark. Wir sind addiert doppelt so groß wie die Citibank, die größte Bank der Welt.

Dass es uns nicht gelingt, aus dieser Stärke durch kluge Bündelung all dessen, was wir wollen, unter Vermeidung dessen, was wir nicht wollen, noch stärker zu werden, ist noch keine stramme Leistung. Aber was nicht ist, kann ja noch werden. Die WestLB arbeitet. Wir sind unterwegs wie die Biber, fleißig. Wir werden überwacht vom Kollegen Molsberger und anderen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Richter Gnadenlos! Das ist gar keine Frage. Gehen Sie davon aus: Verluste werden wir nicht wieder machen. Ob die Erträge nun so schnell wachsen werden, wie sich das mancher wünscht, wissen wir noch nicht. Das ist ein heißer Markt dort draußen. Aber wir haben im Risikomanagement schon jetzt Reserven gelegt. Wir wollen keine Wetten mehr abschließen; denn sie führen zu großen Verlusten.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wie profitabel wir werden wollen, ist eine andere Frage. Und wann wir das erreicht haben werden – in einem oder in zwei Jahren –, ist im Grunde nicht wesentlich. Aber es wird nicht mehr gewettet. Ich bin Bankier, kein Croupier.

Ihnen danke ich für Ihre unglaubliche Geduld.

(Große Heiterkeit und anhaltender lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Herr Fischer hat offenbar gestern Abend Fernsehen geschaut: den Croupier.

Sehr herzlichen Dank, Herr Dr. Fischer, für diesen lebendigen, kritischen, offenen und die wichtigsten aktuellen Fragen ansprechenden Vortrag. Sie haben es an der Reaktion des Parlaments

gemerkt: Es gibt viele Damen und Herren, die in Gremien von Sparkassen sitzen und die wichtige, verantwortungsvolle Funktionen in diesem Rheinland haben – bis hin zu Gremien der WestLB.

Es war sehr hilfreich, nützlich, aus Ihrem Munde, der Sie nun dankenswerterweise die Verantwortung in allerschwerster Zeit übernommen haben, diesen aktuellen Bericht zu bekommen. Wir danken Ihnen sehr herzlich für die Offenheit und für die Informationen, die Sie uns gegeben haben.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Da wir aber ein politisches Parlament und keine Zuhörbude sind, muss ich Sie fragen – und ich frage Sie auch gerne –, ob das Wort gewünscht wird. Ist gewünscht, Fragen an Herrn Dr. Fischer zu stellen? – Bitte sehr, Herr Busche. Kommen Sie bitte nach vorn.

Busche (Die Linke.PDS): Herr Fischer, Sie haben in erstaunlich unterhaltsamer Manier die neue Lage der WestLB uns klar zu machen versucht. Sie haben gesagt, 99 Prozent der Fehler Ihrer Bank hätten Sie beseitigt; es kämen aber immer noch welche hinzu, die plötzlich auftauchten.

Herr Fischer, wir haben Zweifel, ob das bei 99 Prozent liegt. Ich möchte Sie in aller Solidarität zu unserem Landschaftsverband an Folgendes erinnern.

Am 19.08., Herr Fischer – das ist einen Monat nach dem wichtigen Datum, das Sie erwähnten –, hat es in den Provinzen von Ecuador Aufstände gegeben. Der Kampf richtet sich gegen die staatliche Ölgesellschaft und die Privatisierung an transnationale Konzerne wie zum Beispiel der deutschen WestLB, ohne die das wirtschaftlich schwache Land die Ölproduktion nicht hätte aufnehmen können.

Herr Fischer, wir haben dazu eine Frage.

(Zuruf: Wer ist „wir“?
Erläutern Sie das bitte!)

– Die Linke.PDS. – Wir im Landschaftsverband mit der Orientierung an Zielen, die die Lebensqualität von Menschen steigern sollen, haben die Frage an Sie, Herr Fischer: Wann gedenken Sie, aus diesem Projekt auszusteigen?

Wir fragen Sie, Herr Fischer: Wann gedenken Sie, aus dem Projekt zur Ölseeherstellung in Russland auszusteigen, das ebenfalls von der WestLB finanziert wird?

Wir sind optimistisch, Herr Fischer, dass Sie uns sicherlich gleich darauf intensiv werden Antwort geben können.

Wir unterstützen – das nebenbei – Ihren Kurs mit der Zielsetzung, die Sparkassen zu stärken. Wir sind darin völlig Ihrer Meinung. Wir als Linkspartei fordern Sie aber auf, Herr Fischer, nicht länger in unserem Namen die Zerstörung des Regenwaldes zu fördern. Wir möchten Sie bitten: Sagen Sie mit uns laut Nein zur Abholzung des Regenwaldes! Sagen Sie Nein zur Verschmutzung, zur Erdölsuche und zur -förderung!

Herr Fischer, wir bitten Sie: Steigen Sie dort aus!

Herr Fischer, wir sind auch Eigentümer der WestLB. Wir stehen in besonderer Verantwortung zu unseren behinderten Menschen, die wir vertreten. Ich glaube nicht, dass es nur ein ethisches Problem ist, sondern wir bitten und unterstützen Sie in Ihrem Auftrag, wenn Sie der Meinung sind, nicht nur Kompetenz-Center für den Mittelstand, sondern auch Kompetenz-Center für die weitere Entwicklung der Welt und der Klimakatastrophen wie in New Orleans zu sein.

(Zuruf: Der soll Fragen stellen!)

Herr Fischer, wenn Sie diesen Weg beschreiten, haben Sie die Unterstützung der Linkspartei und,

(Zuruf: Sie braucht er! – Weitere Zurufe)

ich glaube, Sie haben auch die Unterstützung des Landschaftsverbandes. – Danke schön.

(Zurufe aus allen Fraktionen)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Gibt es weitere Wortmeldungen, Fragen, Anmerkungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich Herrn Dr. Fischer bitten, das Wort zu ergreifen.

Dr. Thomas Fischer, Vorsitzender des Vorstandes der WestLB AG: Herr Busche, ich bin jetzt nicht auf dem aktuellen Stand dieser beiden Fälle. Das eine ist ein Fall; das andere, was Sie angesprochen haben, ist ein Gebiet. Dazu gibt es

immer wieder parlamentarische Anfragen und durchdeklinierte Statements. Die können Sie alle haben.

Das uralte Projekt Ecuador kommt immer wieder vor. Mir arbeitet ein Stab zur *sustainability*, also zur Nachhaltigkeit, zu. Wir haben einen der ersten Nachhaltigkeitsberichte vorgelegt. Keine andere Bank in Deutschland war so schnell. Wir machen das also tatsächlich.

Wenn ich den Bericht meiner Gruppe habe, stelle ich immer wieder fest – neulich war im Landtag wieder etwas zu einem Projekt mit Zyanid erfragt worden –: Das Projekt gibt es. Es ist aber nicht so dramatisch, und die WestLB ist nicht dabei.

Es kommen immer wieder Unterstellungen, dass wir Projekte finanzieren würden, bei denen irgendwo ein Problem existiere und die WestLB damit ursächlich verbunden sei.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel zu der Geschichte Lukoil. Dazu war ich selber genötigt, im Parlament aufzutreten. Das musste ich also klarstellen. Wir betreiben Exportvorfinanzierungen für die Lieferungen von Öl und Gas aus Russland. Dass Sie als Linkspartei etwas gegen Russland haben, nehme ich als bedenkenswert von dieser Versammlung mit.

(Heiterkeit bei der CDU – Herr Sonntag, CDU: Das ist billige Polemik! – Zuruf von der CDU: Und was war das andere? – Weiterer Zuruf von der CDU: Und das andere war sachlich fundiert!)

– Ich will jetzt nicht darauf einsteigen. Ich bin politisch nicht geeicht, wie Sie alle wissen. Ich habe hier über Fakten zu berichten.

Ich darf Ihnen trotzdem etwas sagen. Sie machen es sich leicht. Aber es gibt Tausende von Mitarbeitern in dieser Bank, die sich durch diese Art Presse, die sie immer wieder mühselig richtig stellen müssen – das ist für Medien natürlich das gefundene Fressen –, herabgesetzt fühlen. Sie müssen daran einmal denken! Das ist eine Unverschämtheit!

(Zustimmung bei CDU und FDP)

Wie können Sie denn die Mitarbeiter der WestLB durch offensichtlich nicht überprüfte Informationen in die Nähe von Umweltkriminellen rücken? Darüber müssen wir auch einmal reden. So nicht!

(Zustimmung bei CDU und FDP)

Aber lassen Sie mich zu dem Fall Ecuador reden. Er ist bestens bekannt. Wir haben alle nötigen Maßnahmen getroffen und uns versichert, dass Experten darauf achten. Die tatsächliche Lage ist anders als die öffentlich dargestellte. Lesen Sie es bitte nach! Das hat sich die vormalige Landesregierung und diese zu eigen gemacht.

Bei Lukoil in Russland geht es um wichtige Energielieferungen in die Bundesrepublik Deutschland. Wir betreiben Exportvorfinanzierung. Das heißt, das ist ein eng ans Grundgeschäft gebundenes Darstellen von Liquidität, damit diese Lieferungen überhaupt stattfinden; denn man muss bezahlen, bevor die Ware hier ist. Die Kaufleute unter Ihnen wissen, wie das funktioniert.

Daraus wurde gefolgert, wir finanzierten dieses Unternehmen. Und dem Unternehmen wird unterstellt, in bestimmten Gegenden in der Welt eventuell sensible Sachen zu machen, die irgendwann gefährlich werden. Das Projekt gibt es in der Form noch gar nicht. Wir finanzieren zum Beispiel kein Projekt in der Ostsee. Das ist alles Unsinn. Wir finanzieren die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland über – in dem Fall – unseren Partner Russland.

Wir haben viele Male klargestellt: Wir sind einer der Signatoren der Equator Principles. Wir haben sichergestellt, dass unser Bankgeschäft weitestgehend – zum Teil gehen sie ja sehr weit – all diesen Prinzipien genügt. Wir wissen, dass man diese Geschäfte mit Ethik und Moral betreiben muss. Wir unterwerfen uns dem.

Nur: Was Ethik und Moral ist, das, bitte sehr, weil es nicht kodifiziert ist, stimmen wir mit unseren Eigentümern ab. Sie geben uns den nötigen Input. Wir verantworten uns immer wieder parlamentarisch. Wir nehmen dabei mit, wie unsere Eigentümer diesen Kodex gestaltet wissen wollen. Den erfinden wir nicht. Wir sind nicht willkürlich in eigener Machtvollkommenheit unterwegs. Das ist Ihr Input. Wenn Sie sich verstanden oder nicht wirklich wiedergegeben fühlen, ist es Ihr gutes Recht und Ihre Pflicht, uns zu ermahnen.

Bisher hat es dort keine Probleme gegeben, und so sollte es eigentlich bleiben.

(Allgemeiner Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Versammlung? – Herr Busche bitte.

(Dr. Leirich, FDP: Nein, nein, nein! – Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Das ist eine Demokratie!)

Busche (Die Linke.PDS): Herr Fischer, ich bin zum einen ein bisschen empört darüber, dass Sie nicht wissen, was Sie finanzieren. Das ist kein seriöser Umgang.

Herr Fischer, ich möchte an Sie eine konkrete Frage stellen: Sind Ihnen die Berichte über die Finanzierung des Projektes, das Sie gerade vorgestellt haben, vom 06.05. um 20.15 Uhr, vom 07.05. um 2.15 Uhr und vom 07.05. um 7.30 Uhr bekannt? Darin sind die Beteiligungen der WestLB im Fernsehen ausgiebig beleuchtet worden – sogar um 2.15 Uhr.

Herr Fischer, ich bitte Sie als Eigentümer dringend darum, uns konkreter darüber Auskunft zu geben. Es ist ausgesprochen unbefriedigend, wenn Sie sagen: Ich bin darauf nicht vorbereitet; ich weiß das nicht genau.

Ich bitte Sie als Eigentümer, sich darüber zu informieren. Und ich bitte Sie, Herr Fischer, uns detailliert Auskunft über die Finanzierung der WestLB sowohl in Ecuador als auch in Sibirien zu geben. Wenn das jetzt nicht geht, bin ich gerne bereit, ein wenig darauf zu warten. Wir laden Sie sicher sehr herzlich noch einmal ein.

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Herr Fischer, dies ist ein parlamentarisches Gremium, und jeder kann Fragen stellen; jeder kann im Rahmen des moralisch Zulässigen auch polemisch in diesem Parlament das sagen, was er für richtig hält. Das muss die Demokratie ertragen; das halten wir auch aus.

Aber ich möchte auch darauf aufmerksam machen – ich gebe Ihnen sofort das Wort zur weiteren Beantwortung –: Wir sitzen hier nicht im Aufsichtsrat der WestLB; wir sitzen hier nicht in den Gremien. Dieses ist eine öffentliche Versammlung.

(Allgemeine Zustimmung)

Dr. Thomas Fischer, Vorsitzender des Vorstandes der WestLB AG: Herr Busche, bei allem Ver-

ständnis – passen Sie einmal auf! –: Sie bekommen alle Informationen, zu denen Sie Zugang haben müssen. Es gab diesen Fernsehbericht. An die Zusammenarbeit mit dem Journalisten denken meine Mitarbeiter sehr gerne zurück; denn der Input, den wir geliefert haben, wurde in der Sendung nicht verarbeitet. Wir haben uns beim Sender beschwert – er ist ja nicht weit von hier –; das hat nicht sehr viel gefruchtet.

Wir haben uns eingebracht; wir haben das klar gestellt. Alles ist nicht gesendet worden. Wir hatten alles schriftlich fixiert. Sie können das volle Dossier haben.

In dem Maße, in dem die WestLB parlamentarisch zu kontrollieren ist, haben wir uns noch nie verweigert. Sie dürfen eines nicht vergessen: Man darf nicht unvorbereitet locker daherreden. Ich bin hierher zu einer Rede eingeladen gewesen. Das sind sehr wichtige detaillierte Informationen. Sie sind kompiliert; sie sind schriftlich festgehalten. Darin kommen Namen von Kunden vor. Das ist eine öffentliche Sitzung.

Man muss zum Beispiel, wenn man Kundenbeziehungen offen legt, darüber nachdenken, ob man damit nicht bei einem zweiten Fall Kirch endet. Das alles sind Unternehmen, die im Wettbewerb tätig sind. Daher kann man nicht locker unter Nichtherstellung von Nichtöffentlichkeit daherreden; das muss man sorgfältig vorbereiten.

Das alles können Sie in der richtigen Manier bekommen. Darüber gibt es Dossiers.

(Zuruf: Ihr Ton ist unerträglich! Ich passe nicht auf in der richtigen Manier!)

– Ich wollte sicherstellen, dass Sie mir zuhören. Ich habe doch gesagt: Es gibt all diese Informationen.

Was wollen Sie von mir? Ich bin in dieses wunderschöne Köln gekommen, um diesem Parlament meine Referenz zu erweisen. Was, bitte schön, Herr Busche, wollen Sie von mir? Wollen Sie mich nach detaillierten Dossiers abfragen, bei denen es auf jede Einzelheit ankommt?

(Busche, Die Linke.PDS: Wir sind Miteigentümer Ihrer Bank!)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Werden noch Fragen an Herrn Dr. Fischer gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Ich darf Ihnen noch einmal sehr herzlich danken für das Hierherkommen und für die offene Beantwortung, Herr Fischer. Ich darf Ihnen ein kleines Präsent überreichen.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe den Tagesordnungspunkt 13 auf:

Abnahme der Jahresrechnung 2003 und Entlastung, Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses

– Vorlage Nr. 12/660 –

Ich erteile dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Herrn Simon, das Wort zur Berichterstattung über die Prüfung der Jahresrechnung 2003. Herr Simon bitte.

Simon, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde nicht politisch, weil ich mich streng an den Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses halten möchte.

Aufgrund der Rechnungsprüfungsordnung des Landschaftsverbandes Rheinland legt der Rechnungsprüfungsausschuss Ihnen heute den Schlussbericht als Grundlage zur Beschlussfassung über die Abnahme der Jahresrechnung 2003 und die Entlastung des Direktors des Landschaftsverbandes Rheinland vor.

Der Rechnungsprüfungsausschuss prüft die Rechnung, ob der Haushaltsplan eingehalten ist, die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt sind, bei den Einnahmen und Ausgaben nach den geltenden Vorschriften verfahren worden ist und die Vorschriften über die Verwaltung und den Nachweis des Vermögens und der Schulden eingehalten werden.

Die wesentlichen Prüfungsergebnisse sind in dem Ihnen vorliegenden Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung 2003 aufgeführt. Ich möchte sie Ihnen namens des Rechnungsprüfungsausschusses hier und heute kurz vortragen.

Meine Damen und Herren, der Ausschuss hat den Jahresbericht am 25.02. und 20.05. eingehend beraten. Die Beratungen – gestatten Sie mir die Bemerkung – fanden in einer guten, kollegialen Atmosphäre statt. Die Beschlussfassung erfolgte jeweils einstimmig.

Für die Beratung wurden von den Fraktionen folgende Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) benannt: von der CDU-Fraktion Herr Hohl, Herr Dünner und Frau Tschepe, von der SPD-Fraktion Frau Recki, Frau Künzel und Herr Dr. Klose. Allen Berichterstatte(r)n danke ich für die fundierte, umfangreiche und zielgerichtete Berichterstattung, die es uns sehr erleichtert hat, den Jahresbericht 2003 zu beraten.

Die Beratungen im Ausschuss haben zu folgenden Ergebnissen geführt.

Zunächst hebt der Ausschuss sehr positiv hervor, dass im Verwaltungshaushalt aufgrund restriktiver Bewirtschaftungsmaßnahmen der Kämmerei die ursprünglich im Haushaltsplan veranschlagte Unterdeckung um ca. 14,1 Millionen Euro reduziert werden konnte.

Zum Neuen Kommunalen Finanzmanagement weist der Ausschuss auf die zukünftigen Veränderungen im Haushaltswesen und für die Rechnungsprüfung hin. Der Rechnungsprüfungsausschuss begrüßt ausdrücklich die frühzeitige Beteiligung des Rechnungsprüfungsamtes am NKF-Entwicklungsprozess des Landschaftsverbandes Rheinland.

Weiterhin positiv hebt der Ausschuss die Entwicklung der Einnahmen hinsichtlich der organisatorischen Trennung in der Bearbeitung von Einnahmen und Leistungsgewährung im Bereich der Eingliederungshilfe des Dezernates VII – Soziales, Integration – hervor.

Trotz deutlicher Steigerungsrate bei den Einnahmen im Bereich der Eingliederungshilfe weist der Ausschuss kritisch auf die noch hohen Arbeitsrückstände bei der Einnahmenrealisierung hin. Hier erwartet der Ausschuss einen zügigen Abbau dieser Arbeitsrückstände.

Zur Thematik Geltendmachung vorrangiger Sozialversicherungsansprüche weist der Rechnungsprüfungsausschuss mit Blick auf die finanziellen Auswirkungen erneut nachdrücklich auf eine zeitnahe Bearbeitung hin. Durch eine verspätete Geltendmachung von Ansprüchen dro-

hen Zinsverluste oder Forderungsausfälle durch Verfristung.

Die Prüfungsfeststellung zur verspäteten Mitgliedschaft in einer Krankenversicherung veranlasst den Ausschuss, kritisch anzumerken, dass die Vorschläge des Rechnungsprüfungsamtes von der Verwaltung teilweise nicht beachtet werden. Der Ausschuss erwartet künftig, dass die Vorschläge des RPA zügig umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, ein Wunsch an die Verwaltung und an Sie alle: Aufgrund der Prüfungsfeststellungen hinsichtlich der Geltendmachung vorrangiger Ansprüche gegenüber Dritten wünscht der Ausschuss, dass die Verwaltung auf der Grundlage eines Beschlusses der politischen Vertretung baldmöglichst für die gesamte Verwaltung ein Risikomanagementsystem einschließlich eines Internen Kontrollsystems – IKS – aufbaut.

In der Frage der Vorbeugung von Manipulation und Korruption hebt der Ausschuss positiv die Rotation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hervor.

Da der Rechnungsprüfungsausschuss die endgültige Abwicklung von Prüfungsfeststellungen auch für einen längeren Zeitraum für wichtig hält, begrüßt er ausdrücklich die Dokumentation wesentlicher Ergebnisse zu Prüfungsfeststellungen aus älteren Prüfberichten.

Dem Ausschuss ist es ein Bedürfnis, die systematischen und modernen Prüfmethode(n) des Rechnungsprüfungsamtes sehr positiv herauszustellen.

Weiterhin begrüßt der Ausschuss die zeitnahen Prüfungen des RPA, weil dadurch etwaige Fehler und Kosten frühzeitig vermieden werden können. Die frühzeitige Einschaltung des Rechnungsprüfungsamtes in Vorgänge und Prozesse hat sich bereits zum Vorteil des Landschaftsverbandes Rheinland ausgewirkt.

Meine Bemerkung dazu, die aber vom gesamten Rechnungsprüfungsausschuss geteilt wird: Wir sehen den Weg des Rechnungsprüfungsamtes weg von einer reinen Kontrollfunktion in eine prozessbegleitende Dienstleistung als sehr positiv an. Das hatte in den letzten Jahren dazu geführt, dass die Jahresberichte relativ immer positiver ausgefallen sind.

Weil es dem Rechnungsprüfungsausschuss immer sehr wichtig war, weist er mit Nachdruck

wiederum darauf hin, dass bei Vergaben auf die Einhaltung spezieller Rechtsvorschriften und der internen Dienstanweisung des Landschaftsverbandes Rheinland für das Ausschreibungs- und Vergabewesen und zugleich auf den Maßnahmenkatalog zur Vermeidung von Korruption und Manipulation vom 13.12.2002 geachtet werden muss.

Der Ausschuss begrüßt die Prüfung des Rechnungsprüfungsamtes hinsichtlich der Übernahme von Instandhaltungskosten für die in den Außenwohngruppen der Rheinischen Heilpädagogischen Heime angemieteten Wohnobjekte. Da sich bei der Prüfung zum Teil die Kostenträgerpflicht der Vermieter herausgestellt hat, sind die Verantwortlichen in der Verwaltung für diese Thematik sensibilisiert worden. Auch hier kann der Landschaftsverband Haushaltsmittel sparen.

Bei der Verwaltung des Eigengeldes der Bewohnerinnen und Bewohner im RHPH Viersen – ein Beispiel dafür, was geprüft worden ist – weist der Ausschuss darauf hin, dass der allgemeinen aktuellen Entwicklung hinsichtlich der Versandhausbestellungen und des Einsatzes von Payback-Karten Rechnung zu tragen ist. Der Ausschuss hält es daher für notwendig und erwartet, dass die Verwaltung hierzu grundsätzliche Regelungen aufstellt.

Eine kritische Anmerkung zur Personalkostenbearbeitung. Fehlerhafte Festsetzungen von Lohn- und Vergütungseinstufungen haben zu Minder- oder Überzahlungen geführt. Da im Tarifrecht Ausschlussfristen bestehen, können bei Minderzahlungen gegebenenfalls finanzielle Verluste für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entstehen.

Der Ausschuss erwartet daher künftig eine sorgfältige Sachbearbeitung im Personalkostenbereich, um Nachteile für die Bediensteten auszuschließen.

Meine Damen und Herren, ich darf zusammenfassen: Bei der Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2003 wurden wesentliche Fehler in der Ausführung des Haushaltsplans 2003 des Landschaftsverbandes Rheinland, die zu einer Einschränkung oder Versagung der Entlastung vor der Jahresrechnung hätten führen können, nicht festgestellt.

Deshalb empfiehlt der Rechnungsprüfungsausschuss Ihnen als den Mitgliedern der 12. Landschaftsversammlung, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die Landschaftsversammlung nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung der Jahresrechnung 2003 zur Kenntnis. Die Jahresrechnung schließt nach Sollennahmen und Sollausgaben mit einem Sollfehlbetrag von 37 467 326,56 Euro ab.
2. Die Landschaftsversammlung erteilt gemäß § 7 Abs. 1 Buchst. e und § 23 Abs. 2 Landschaftsverbandsordnung in Verbindung mit § 94 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen für die Jahresrechnung 2003 Entlastung.

Zum Schluss darf ich namens des gesamten Rechnungsprüfungsausschusses Dank sagen: Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechnungsprüfungsamtes, die gezeigt haben, dass sie sehr sachkundig und zielstrebig ihre Aufgaben erledigen; Dank sagen aber auch an alle Kolleginnen und Kollegen des Rechnungsprüfungsausschusses für die engagierte Beratung nicht nur des Jahresplanes, sondern auch innerhalb der einzelnen Prüfungen, die das Rechnungsprüfungsamt uns vorgelegt hat.

Nicht zuletzt, meine Damen und Herren, darf ich Dank sagen an den Landesdirektor und – ich betone das ausdrücklich – an den Kämmerer. Ich habe ihn im Landschaftsausschuss nicht vergessen, sondern ihm irrtümlich nicht gedankt, weil ich geglaubt hatte, der Landesdirektor sei im Jahr 2003 für den Haushalt allein verantwortlich gewesen. Aber Herr Voigtsberger hat mir gesagt, dass er ab 01.04. verantwortlich gewesen wäre. Herr Voigtsberger, sehen Sie es mir nach. Auch Ihnen ein herzliches Dankeschön.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, den Beschluss zu fassen, wie ich ihn vorgetragen habe, und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Sehr geehrter Herr Kollege Simon, der Dank geht auch an Sie für Ihre Arbeit als Vorsitzender und für diesen sehr sachlichen Bericht.

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 02.09.2005 die Angelegenheit beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage Nr. 12/660 zu beschließen.

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer der Vorlage die Zustimmung geben möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir einstimmig so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 14:

Fragen und Anfragen

Herr Detjen. – Es kann sich nur um eine Frage handeln; denn Anfragen sind schriftlich einzureichen.

Detjen (Die Linke.PDS): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Am 23. August hat uns der Landesdirektor mitgeteilt, dass der Kämmerer eine Haushaltssperre erlassen hat. Wir hatten ja hier eine heftige Diskussion über die Landschaftsumlage. Es war vernünftig, dass wir sie nicht gesenkt haben. Das zeigt sich jetzt an der Haushaltssperre.

Es hat aber auch seitens des Innenministeriums einen Entwurf für eine Konsolidierungsvereinbarung gegeben. Mich interessiert der weitere Gang der Dinge, weil unter anderem als ein Punkt dieser Konsolidierungsmaßnahmen die Senkung der Landschaftsumlage enthalten ist. Welche Gespräche gibt es darüber? Werden wir eingebunden und unterrichtet? Macht es nicht Sinn, auf der nächsten Sitzung unter dem aktuellen Punkt den Innenminister einzuladen, um mit ihm solche Probleme zu diskutieren?

(Zurufe)

– Den wollen Sie nicht sehen? – Gut.

Ich habe den Eindruck, die Landesregierung will sich massiv einmischen. Ich meine, wir sollten den Stier bei den Hörnern packen. Das scheint mir vernünftig zu sein.

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Wir haben keine allgemeine Debatte, meine Damen und Herren. Erlauben Sie mir diesen Hinweis.

Es sind mehrere Fragen gestellt worden. Der Landesdirektor möchte sie beantworten. Bitte schön.

(Zuruf von der CDU: Schriftlich!)

– So viel Zeit muss sein.

Landesdirektor Molsberger: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Selbstverständlich wird die politische Vertretung an diesem Diskussionsprozess beteiligt werden,

(Paßmann, FDP: Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung, jawohl!)

weil er in das ureigenste Recht dieser Versammlung eingreift, nämlich in die Gestaltung des Haushaltes.

Der Innenminister ist von der Verwaltung darauf aufmerksam gemacht worden, dass wir das als Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung betrachten.

(Zustimmung bei CDU, FDP
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Ein inhaltlich ähnliches Schreiben hat auch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe erreicht. Herr Schäfer, der heute hier ist, und ich sind der Auffassung, dass wir mit dem Innenminister darüber diskutieren müssen. Dies ist bisher auf Sachbearbeiterebene ausgetauscht worden. Als Nächstes wird es ein Gespräch der beiden Kämmerer mit dem Abteilungsleiter im Innenministerium geben. Sie werden selbstverständlich im Rahmen der Haushaltssatzung 2006 beteiligt werden.

Ich habe dem Innenminister gesagt, das sei keine Verwaltungsvereinbarung, sondern eine freiwillige Vereinbarung, wenn sie überhaupt zustande kommt – im Übrigen gibt es dafür keine rechtliche Grundlage –, die wir, wie ursprünglich gedacht, durchaus als Zielvereinbarung übernehmen könnten. Aber allein schon der Wortwechsel vom Ziel zur Konsolidierung lässt mich natürlich auch aufmerksam werden: Was soll denn damit bezweckt werden?

Die Größenordnungen, die darin genannt werden – das kann ich heute schon sagen –, sind bis 2008 nicht erreichbar. Das muss ich deutlich zurückweisen. Wir werden im Rahmen der Haushaltssatzung und der Diskussion über weitere Schritte darüber reden.

Im Übrigen schreibt derselbe Innenminister – den Erlass haben Sie mit demselben Schreiben bekommen –, er begrüße die Anstrengungen des Landschaftsverbandes in den Jahren 2003 und

2004. Diese Konsolidierungsmaßnahmen, die wir ergriffen haben, haben gegriffen, auch durch Bestätigung des Innenministeriums.

Ich bitte darum, darüber nicht aufgeregt zu diskutieren, sondern Sie werden Gelegenheit haben, dies im Rahmen der Haushaltssatzung 2006 zu erörtern.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Gibt es weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall.

Ich darf mir die Bemerkung erlauben, dass eine Mitarbeiterin des Landschaftsverbandes, die Sie alle seit vielen Jahren kennen und die sehr viel mit der Landschaftsversammlung zu tun hat, justament heute – ebenso wie die frischgewählte Landesrätin – Geburtstag hat. Frau Eichhorn-Thiel, von hier aus herzlichen Glückwunsch!

(Die Angesprochene erhebt sich
– Allgemeiner lebhafter Beifall)

Die Versammlung ist geschlossen.

(Schluss: 11.29 Uhr)